Stand: 17.12.2025 02:25:01

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/17768

"Teilzeitausbildung endlich voranbringen I - Ausbau der Teilzeitberufsausbildung im öffentlichen Dienst in Bayern"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/17768 vom 13.07.2017
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/20418 des OD vom 24.01.2018
- 3. Beschluss des Plenums 17/20671 vom 07.02.2018
- 4. Plenarprotokoll Nr. 123 vom 07.02.2018



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

13.07.2017 Drucksache 17/17768

Antrag

der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Margarete Bause, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Verena Osgyan und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Teilzeitausbildung endlich voranbringen I Ausbau der Teilzeitberufsausbildung im öffentlichen Dienst in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- in allen bayerischen Landesbehörden und Staatsministerien Teilzeitausbildungsplätze anzubieten und sich in Kooperation mit den zuständigen Fachberatungsstellen und der Bundesagentur für Arbeit aktiv um die Besetzung dieser Stellen zu bemühen;
- die Möglichkeit, eine Ausbildung an staatlichen Behörden, bei Vorliegen besonderer Umstände nach § 8 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) in Teilzeit absolvieren zu können, öffentlich bekannt zu machen (z. B. durch einen Hinweis in entsprechenden Internetauftritten der Staatsregierung und durch einen entsprechenden Zusatz bei Stellenausschreibungen);
- die zuständigen Personalverantwortlichen intern auf die besonderen Umstände eines Teilzeitausbildungsverhältnisses aufmerksam zu machen;
- sich vor der Besetzung von Ausbildungsstellen mit den zuständigen kommunalen Trägern der entsprechenden Region in Verbindung zu setzen, damit ggf. geeignete Personen aufgefordert werden können, sich zu bewerben;
- nach drei Jahren zu pr
 üfen und dem Landtag zu berichten, ob auf diesem Weg die Zahl der Teilzeitausbildungsstellen im öffentlichen Dienst gesteigert werden konnte.

Begründung:

Die Staatsregierung steht nach eigenen Aussagen hinter dem Ziel, jungen Erwachsenen in besonderen Lebenslagen ein Teilzeitausbildungsverhältnis zu ermöglichen, um auch unter erschwerten Umständen, z. B. bei Geburt eines Kindes, die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Berufsstart zu schaffen und so der Abhängigkeit von Sozialleistungen und dem Verbleiben in prekären Arbeitsverhältnissen vorzubeugen. Die Möglichkeit einer Teilzeitausbildung ist insbesondere für junge Eltern und Alleinerziehende, die es nicht schaffen, eine Ausbildung in Vollzeit zu machen, oft die einzige Chance überhaupt den Einstieg in eine qualifizierte Erwerbsbiografie zu schaffen. Eine abgeschlossene Berufsausbildung sichert diesen Menschen langfristig die Finanzierung des eigenen Lebensunterhalts, macht sie unabhängig von staatlichen Transferleistungen und wirkt zudem dem Fachkräftemangel entgegen.

Die Staatsregierung muss sich deshalb für den Ausbau der Teilzeitausbildung in Bayern einsetzen. Die Staatsregierung muss dabei als Vorbild für private und öffentliche Arbeitgeber auftreten und alle bayerischen Landesbehörden und Staatsministerien anweisen, mehr Teilzeitausbildungsplätze in ihrem Bereich anzubieten und sich aktiv um die Besetzung mit geeigneten Interessentinnen bzw. Interessenten zu kümmern. Bisher gibt es im Freistaat Bayern nur eine einzige Auszubildende in Teilzeit. Dies ist beschämend wenig und stellt die Glaubwürdigkeit aller Äußerungen der Staatsregierung, sich für eine Ausweitung der Teilzeitausbildung einsetzen zu wollen, grundsätzlich infrage. Nur wenn sie selber Auszubildende in Teilzeit beschäftigt, kann die Staatsregierung im Rahmen der "Allianz für eine starke Berufsbildung" und im Kontext des "Familienpakts Bayern" überzeugend für mehr Teilzeitausbildungsplätze werben.

Seit 2005 ist die Möglichkeit einer Teilzeitausbildung im Berufsbildungsgesetz verankert. Insbesondere für Alleinerziehende, junge Familien mit Kindern und pflegende Angehörige ist die Teilzeitausbildung ein wichtiges Angebot zur (nachholenden) Berufsausbildung. Trotz ihrer gesetzlichen Verankerung fristet die Teilzeitausbildung in Bayern immer noch ein Nischendasein. Im Jahr 2014 gab es in Bayern lediglich 694 Teilzeitausbildungsverhältnisse, das sind nur 0,2 Prozent aller Ausbildungsverhältnisse. Bundesweit wurden 2014 2.259 Ausbildungsverträge in Teilzeit neu abgeschlossen, dies entspricht 0,4 Prozent aller neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Damit durchliefen insgesamt 5.793 junge Menschen eine Ausbildung in Teilzeit. Der Frauenanteil lag bei 82 Prozent. 2014 waren jedoch 50,3 Prozent aller jungen Mütter (rund 104.000) und etwa 37,6 Prozent aller jungen Väter (rund 22.000) im Alter von 16 bis unter 25 Jahren ohne Berufsabschluss. Sie besuchten weder eine Schule, noch absolvierten sie eine duale Ausbildung. Offensichtlich werden also die Potenziale und Möglichkeiten in diesem Bereich bei Weitem noch nicht ausgeschöpft.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/20418 24.01.2018

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Drs. 17/17768

Teilzeitausbildung endlich voranbringen I Ausbau der Teilzeitberufsausbildung im öffentlichen Dienst in Bayern

Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: Verena Osgyan Mitberichterstatter: **Thomas Huber**

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 62. Sitzung am 26. September 2017 und in seiner 66. Sitzung am 5. Dezember 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Enthaltung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 178. Sitzung am 24. Januar 2018 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung FREIE WÄHLER: Enthaltung B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Tobias Reiß

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

07.02.2018 Drucksache 17/20671

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Magarete Bause, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Verena Osgyan und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/17768, 17/20418

Teilzeitausbildung endlich voranbringen I Ausbau der Teilzeitberufsausbildung im öffentlichen Dienst in Bayern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Dann rufe ich auf den Tagesordnungspunkt 2 mit Ausnahme der gerade eben genannten Nummer 13 der Anlage, über die erst zu einem späteren Zeitpunkt nach Ablauf der 15 Minuten Wartezeit abzustimmen ist.

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Medien hat bei der Listennummer 13, Antrag auf Drucksache 17/18357, die Ablehnung empfohlen. Das wollte ich Ihnen nur noch kurz mitteilen, bevor wir zu dieser Abstimmung kommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Fraktionslose Abgeordnete sind nicht anwesend. Dann hat sich das erübrigt. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(A)

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

- Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 23. November 2017 (Vf. 16-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 - des Art. 2 Nr. 2 des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren, Volksentscheid und Volksbefragung (Landeswahlgesetz – LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2002 (GVBI. S. 277, 620, BayRS 111-1-I), das zuletzt durch § 8 des Gesetzes vom 12. Juli 2017 (GVBI. S. 362) geändert worden ist,
 - des Art. 2 Nr. 2 des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz – GLKrWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 2006 (GVBI. S. 834, BayRS 2021-1/2-I), das zuletzt durch § 10 des Gesetzes vom 12. Juli 2017 (GVBI. S. 362) geändert worden ist PII/G1310.17-0015 Drs. 17/20543 (G)
 - I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
 - II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
 - III.Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	A	A

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. Januar 2018 (Vf. 21-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der § 1 Nr. 1 und § 2 der Verordnung der Stadt Passau über die Sperrung der Marienbrücke an Silvester vom 27. November 2017 (Amtsblatt der Stadt Passau Nr. 33 S. 250) PII/G1310.17-0017

Drs. 17/20546 (E)

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z		Z	Z

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 3. Januar 2018 (Vf. 1-VII-18) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 14 Abs. 9a des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags vom 15. Dezember 2010 (GVBI. 2011 S. 258, 404; 2012 S. 18, BayRS 2251-17-S), der zuletzt durch Art. 4 des Neunzehnten Staatsvertrags zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge vom 3. Dezember 2015 (GVBI. 2016 S. 52) geändert worden ist PII/G1310.18-0001 Drs. 17/20542 (E)

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.

III.Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

- Schreiben des Bundesverfassungsgerichts Zweiter Senat vom 30. November 2017 (2 BvR 1866/17) betreffend Verfassungsbeschwerde
 - 1. unmittelbar gegen
 - a) den Beschluss des Oberlandesgerichts Nürnberg vom 26. Juli 2017
 1 Ws 280/17 –.
 - b) den Beschluss des Landgerichts Nürnberg-Fürth vom 7. Juni 2017
 5 Ks 102 Js 1478/15 –,
 - c) den Beschluss des Landgerichts Nürnberg-Fürth vom 16. März 2017
 5 Ks 102 Js 1478/15 –
 - mittelbar gegen Art. 6 Abs. 3, 4, 5 und 6 des Gesetzes über den Vollzug der Maßregeln der Besserung und Sicherung sowie der einstweiligen Unterbringung – BayMRVG –

PII/G1320.17-0002

Drs. 17/20545 (G)

- I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.
- II. Die Verfassungsbeschwerde ist unbegründet.

III.Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			A

 Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 20. Dezember 2017 (1 BvR 1187/17) betreffend Verfassungsbeschwerde gegen die §§ 3, 4, 6, 11 und 12 des Gesetzes über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an Windparks in Mecklenburg-Vorpommern (Bürgerund Gemeindebeteiligungsgesetz – BüGembeteilG M-V) vom 18. Mai 2016 (GVOB. 2 M-V S. 258)

PII/G1320.17-0003 Drs. 17/20547 (E)

Der Landtag gibt im Verfahren keine Stellungnahme ab.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		团	Z

Anträge

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Faire Unterkunftsgebühren für Asylbewerberinnen und Asylbewerber Drs. 17/17272, 17/20336 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Mehr Investitionen in die frühkindliche Bildung II – Förderprogramm für Kitas mit längeren Öffnungszeiten fortsetzen Drs. 17/17308, 17/20337 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Kita-Leitungen entlasten – Mehr Zeit für eine professionelle Führung und Leitung Drs. 17/17309, 17/20338 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

9.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
	Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
	Mehr Investitionen in die frühkindliche Bildung I – Zweckentfremdung der
	Bundesmittel nach dem Wegfall des Betreuungsgelds beenden!
	Drs. 17/17310, 17/20339 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Judith Gerlach, Joachim Unterländer, Prof. Dr. Gerhard Waschler u. a. CSU Kriseninterventionsmaßnahmen in Kindertageseinrichtungen Drs. 17/17661, 17/20340 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Teilzeitausbildung endlich voranbringen I Ausbau der Teilzeitberufsausbildung im öffentlichen Dienst in Bayern Drs. 17/17768, 17/20418 (A)

Antrag der SPD-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	团	ENTH	Z

12. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Dr. Franz Rieger, Karl Freller u. a. CSU

Kein gemeinsamer Euro-Haushalt mit einem europäischen Finanzminister! Drs. 17/17863, 17/20461 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	Z	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a. SPD Sonderprogramm Premiumoffensive Tourismus für kleine Betriebe ab 5 Betten öffnen Drs. 17/18357, 17/20455 (A)

über den Antrag wird gesondert abgestimmt

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u. a. SPD
 Zuschlag bei Lebensarbeitszeitverlängerung bei der Bayerischen Polizei Drs. 17/18365, 17/20419 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. SPD "Platooning für Forschungsoffensive" Drs. 17/18444, 17/20456 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	ENTH

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u. a. und Fraktion (SPD)

Für eine bestmögliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Bayern:
Empfehlungen der Sachverständigen ernst nehmen!

Drs. 17/18467, 17/20341 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a. und Fraktion (SPD) Weiterbildungsprogramm Digitalisierung Drs. 17/18474, 17/20457 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Zukunft unserer Kinder sichern – Familienpolitische Weichen richtig stellen!
 Drs. 17/18486, 17/20342 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern Drs. 17/18487, 17/20343 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Verlässliche Informationssysteme über Autobahn-Bauvorhaben etablieren Drs. 17/18494, 17/20458 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Virtuelles Experimentieren im MINT-Unterricht stärken Drs. 17/18496, 17/20374 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. SPD Beste Qualität für die Jüngsten III – Geregelte Leitungsfreistellung in Kindertageseinrichtungen gesetzlich verankern Drs. 17/18552, 17/20344 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Ingrid Heckner, Gudrun Brendel-Fischer u. a. CSU Für eine familiengerechte Arbeitswelt in Bayern Drs. 17/18580, 17/20345 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	ENTH	ENTH

24. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Berufsorientierte Bildung stärken: Anerkennungsmöglichkeiten für freiwillige Schülerpraktika schaffen und Bildungsregionen beim Aufbau von Praktikumsdatenbanken unterstützen Drs. 17/18591, 17/20375 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A		Α

25.	Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a. SPD Kohäsions- und Förderungspolitik der EU ab 2020 hier: Bayern – Sachsen / Thüringen – Böhmen Drs. 17/18683, 17/20459 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
26.	Antrag der Abgeordnet Prof. Dr. Michael Piazo Staatliche Bildungsvera Kommunen endlich bei Drs. 17/18713, 17/203	olo u. a. und Fraktion (l antwortung ernst nehn i der Finanzierung städ	FREIE WÄHLER) nen –	sten!	
	Votum des federführen Bildung und Kultus	nden Ausschusses für			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				
27.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Wohnraumkapazitäten und Beratungsangebote für Studierende ausbauen – einen gemeinsamen Hochschulsozialpakt voranbringen Drs. 17/18735, 17/20485 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				
28.	Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer u. a. CSU Ausreichende Finanzierung für palliativmedizinische Konsildienste gewährleisten Drs. 17/18816, 17/20371 (E)				
	Votum des federführen Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Thomas Mütze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Steuervermeidung durch Share Deals bei der Grunderwerbsteuer unterbinden
Drs. 17/18867, 17/20499 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert u. a. und Fraktion (SPD) Integration braucht Verlässlichkeit: Geplante Beratungs- und Integrationsrichtlinie (BIR) dringend nachbessern! Drs. 17/18868, 17/20346 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)
Die Agrarindustrie bei der Verteilung von EU-Zahlungen nicht länger bevorzugen!
Drs. 17/18871, 17/20409 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Zeitnahes Monitoring der Energiesituation in Bayern Drs. 17/18890, 17/20460 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

Anlage 1
zur 123. Vollsitzung am 7. Februar 2018

33.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Für ein lernfreundliches Klima an Bayerns Grundschulen – Zusatzpersonal für Klassen mit Kindern mit Lern- und Verhaltensauffälligkeiten Drs. 17/18892, 17/20377 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				
34.	Antrag der Abgeordnet Dr. Karl Vetter u. a. un Verpflichtendes Endop Drs. 17/18893, 17/203	d Fraktion (FREIE WÄ rothesenregister – Pat	HLER)		
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
35.	Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u. a. SPD Auswertung von Datenträgern durch Private im Rahmen von Ermittlungsverfahren Drs. 17/19008, 17/20383 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
36.	Antrag der Abgeordner Kerstin Celina u. a. und Gleiche Regeln für alle Drs. 17/19080, 17/204	d Fraktion (BÜNDNIS : - auch beim Blutsper	90/DIE GRÜNEN)		
	Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		A	Z	

37.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bericht über die Belastung von Blutproben mit perfluorierten Kohlenwasserstoffen im Landkreis Altötting Drs. 17/19083, 17/20379 (E)			
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z		Z
38.	Antrag der Abgeordne Prof. Dr. Michael Piaze Berufsorientierung stä Schularten fest etablie Drs. 17/19099, 17/203	olo u. a. und Fraktion (rken: Betriebspraktiku ren!	(FREIE WÄHLER)	nden
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	Z	Z	ENTH
39.	Antrag der Abgeordne Benno Zierer u. a. und Perfluorierte Tenside i Drs. 17/19202, 17/203	l Fraktion (FREIE WÄl n Blutplasmaproben		
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
40.	Antrag der Abgeordne Klaus Adelt u. a. SPD Giftige Chemie in Trinl Wie werden die Menso Drs. 17/19216, 17/203	kwasser und Blut: chen im Landkreis Altö		ormiert?
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z	Z

Anlage 1
zur 123. Vollsitzung am 7. Februar 2018

41.	Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Ruth Müller, Kathi Petersen u. a. SPI Im Alter länger zuhause leben – kein Verschiebebahnhof in der geriatrischen Reha! Drs. 17/19230, 17/20452 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
42.	Dringlichkeitsantrag de Gudrun Brendel-Fische Nebenerwerbsbetriebe Drs. 17/19243, 17/204	er, Angelika Schorer u e in Bayern weiterhin fo	. a. und Fraktion (CSL))	
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
43.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD) Den Zu- und Nebenerwerb bei der Gemeinsamen Agrarpolitik nicht im Stich lassen Drs. 17/19262, 17/20411 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
44.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Zu- und Nebenerwerb erhalten Drs. 17/19263, 17/20410 (A)				
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	

Anlage 1
zur 123. Vollsitzung am 7. Februar 2018

45.	Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer, Oliver Jörg u. a. CSU Weitere Verbesserung der geriatrischen Versorgung in Bayern Drs. 17/19278, 17/20454 (E)			
	Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
46.	Antrag der Abgeordne Brexit-Beauftragten für Drs. 17/19297, 17/204	Bayern ernennen!	Annette Karl, Inge Aure	es u.a. SPD
	Votum des federführer Bundes- und Europaai		regionale Beziehunger	1
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		A	A
47.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Finanzierung der Blutuntersuchungen im Landkreis Altötting sicherstellen! Drs. 17/19754, 17/20305			
	Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege			
	der empfiehlt, den Ar	ntrag für erledigt zu e	erklären	
48.	Dringlichkeitsantrag de Ruth Waldmann u. a. u Bericht über die finanz Drs. 17/18901, 17/203	und Fraktion (SPD) ielle Situation der Kind	us Rinderspacher, Katl derhospizteams in Baye	
	Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z		Z
		J		u